

10/2.9 Muster für Zwangsgelder

10/2.9.1 Muster für Zwangsgeldandrohung

Vollzug des Staatsangehörigkeitsgesetzes Ihre Einbürgerung

Sehr geehrter Herr / Sehr geehrte Frau,
am (Datum der Aushändigung) wurde Ihnen die Einbürgerungsurkunde ausgehändigt.

Bei Aushändigung der Urkunde haben Sie die Verpflichtung abgegeben, den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit innerhalb eines Monats bei den zuständigen Behörden Ihres bisherigen Heimatstaates anzuzeigen und dort die Registrierung des Verlustes Ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit zu beantragen.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt haben Sie weder einen Nachweis über die Antragstellung noch einen Nachweis über die Entlassung aus Ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit vorgelegt, so dass Sie gem. (landesrechtliche Grundlage der Zwangsgeldfestsetzung einfügen) durch ein Zwangsgeld angehalten werden, Ihrer Verpflichtung nachzukommen.

Ich mache darauf aufmerksam, dass zur Erfüllung der Ihnen obliegenden Verpflichtung eine mehrfache Festsetzung eines Zwangsgeldes möglich ist.

Ich gebe Ihnen bis zum Gelegenheit, die vorgenannten Unterlagen zu beschaffen und hier vorzulegen. Sollten bis zu dem genannten Termin die vorgenannten Unterlagen nicht hier eingehen, wird nach (landesrechtliche Grundlage der Zwangsgeldfestsetzung einfügen) ein Zwangsgeld i. H. v. 255 Euro festgesetzt werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beieinulegen.

Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist (Satz 1) nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf der o. g. Frist bei der Behörde eingegangen ist.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Unterschrift

10/2.9.2 Muster für Zwangsgeldfestsetzung

Vollzug des Staatsangehörigkeitsgesetzes Ihre Einbürgerung

Sehr geehrter Herr / Sehr geehrte Frau,

mit Schreiben vom (Datum einsetzen) hatte ich Sie davon in Kenntnis gesetzt, dass Sie bei den zuständigen Behörden Ihres bisherigen Heimatstaates innerhalb eines Monats nach Aushändigung der Einbürgerungsurkunde den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit anzuzeigen haben und dort die Registrierung des endgültigen Verlustes der bisherigen Staatsangehörigkeit beantragen müssen.

Hierüber muss der (Name der Behörde) ein Nachweis erbracht werden.

Gleichzeitig war Ihnen für den Fall der Nichterfüllung dieser Auflage die Festsetzung eines Zwangsgeldes angedroht worden.

Bis zum jetzigen Zeitpunkt haben Sie weder einen Nachweis über die Antragstellung noch einen Nachweis über die Entlassung aus der bisherigen Staatsangehörigkeit vorgelegt.

Zur Erfüllung der Ihnen obliegenden Verpflichtung wird daher ein Zwangsgeld i. H. v. 255 Euro festgesetzt, welches unter Angabe des Kassenzzeichens auf eines der Konten der (Name der Behörde) zu überweisen ist.

Ich mache darauf aufmerksam, dass zur Durchsetzung der Ihnen obliegenden Verpflichtung auch die mehrfache Festsetzung eines Zwangsgeldes möglich ist.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der einzulegen.

Bei schriftlicher Einlegung des Widerspruchs ist die Widerspruchsfrist (Satz 1) nur gewahrt, wenn der Widerspruch noch vor Ablauf der o. g. Frist bei der Behörde eingegangen ist.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Unterschrift